

# Freiberger Anzeiger

## und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

N<sup>o</sup> 42.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

34. Jahrgang.

Sonntag, den 19. Februar.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

### Die Woche.

Der eminent friedliche Charakter der vergangenen Woche fällt sofort beim Blick auf die allgemeine politische Lage in's Auge. Jedermann weiß, wie noch vor Kurzem im Osten und Westen Deutschlands schwarze Wolken am Horizonte aufstiegen; wie die Brandreden der russischen Panflavisten und die Revanchetiraden der französischen Chauvinisten selbst in den Kreisen unserer Diplomatie wenn nicht Besorgnisse, so doch Aufsehen erregten. Auch die von Frankreich und England in Aussicht genommene bewaffnete Einmischung in Egypten kam hinzu, der Weltlage ein kritisches Ansehen zu geben. Da trat ein Ereigniß von maßgebender Bedeutung ein: der Sturz Gambetta's änderte die Situation mit einem Schlage. Jetzt gilt die politische Lage wieder für friedenssicher, wenigstens vertreten die authentischen Quellen in London, Paris, Wien, Berlin und Petersburg ganz energisch diese Meinung und das muß uns beruhigen. Aber — werden Viele fragen — was war das doch für ein wunderliches Stadium in der europäischen Politik? Ist der europäische Frieden wirklich so wackelig bestellt, daß der Zündstoff zum Kriegsbrande bergehoch in allen Ländern lagert — oder war Alles nur eine schreckliche Komödie? Wir glauben, keins von beiden war der Fall! Weder wackelte der Weltfrieden, noch trieb man mit dem Kriegsgespinnst Komödie! Aber die einfache Thatsache scheint vorgelegen zu haben, daß die Chauvinisten im Osten und Westen Europas, welche von einem Weltkriege die Erfüllung ihrer wahnsinnigen Pläne erwarten, es einmal für nöthig fanden, mit dem Säbel zu rasseln, um zu sehen, ob ein ihren Zwecken günstiges Echo entstände. In den maßgebenden Staaten ist man Gott sei Dank noch nicht soweit gekommen, des Hasses oder des Ehrgeizes wegen einen Krieg anzufachen. Wir haben noch Elemente, welche sich um solcher Zwecke willen den Krieg ganz entschieden verbitten. So denken ohne Zweifel in erster Linie die Kaiser von Deutschland, Oesterreich und Rußland; ihnen schließt sich gewiß die Mehrzahl ihrer Völker an. In Frankreich ist der krieglustige Abenteuerer gestürzt und Rußland wird noch nicht allein von den Herren Skobelev und Konforten beherrscht. Die Intriguen dieser Männer sind glücklich zerschelt und sie werden sich erst wieder ein neues Feld aufsuchen müssen, um ihre Ränke weiter zu schmieden; denn nationale Lebensfragen, wegen welcher ein Volk zum Schwerte greifen muß, sind gegenwärtig nicht vorhanden. Aus diesem Grunde dürften die Anzettlungen und Fehereien der krieglustigen Parteien auch noch öfters in Nichts zerfallen und unserem Erdtheile noch manches Jahr der Frieden erhalten bleiben.

In der inneren Politik absorbirte die kirchenpolitische Vorlage in der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses das meiste Interesse. Die bisherigen Ergebnisse der Berathung lassen sich in Folgendem zusammenfassen: Die Verlängerung der Vollmachten des Zulagegesetzes und der Artikel 4, welcher durch Befestigung des kirchlichen Gerichtshofes als Rekursinstanz gegen den staatlichen Einspruch ein bisher als sehr schwer erkanntes Hinderniß für die Anerkennung der Anzeigepflicht seitens der Kurie aus dem Wege räumt, sind gefallen. Die Bischofsfrage ist in theoretisch und praktisch gleich bedenklicher Weise mit dem Begnadigungsrecht verquitt; durch die Abschaffung des Kulturreglements ohne gleichzeitigen Ersatz ist eine unerwünschte Lücke in die bestehende Gesetzgebung gerissen; der neue § 3a bricht ohne zwingenden Grund in einer theoretisch wichtigen, praktisch bedeutungslosen Frage mit dem Grundsatz, Bestimmungen der Maigesetze anders als in dem Zusammenhange mit einer organischen Revision nicht zu befeitigen. Die Konservativen sind in allen diesen positiven Fragen mit dem Centrum gegangen, in Bezug auf das Kulturregament allerdings nicht ohne gleichzeitige Rücksicht auf die Wünsche der hochkirchlichen evangelischer Konfession; Gegenliebe haben sie bei den Klerikalen in Bezug auf die beiden wichtigen, jetzt abgelehnten Artikel der Vorlage nicht gefunden. Die Nationalliberalen ihrerseits haben theilweis gleichfalls gegen diese beiden Bestimmungen gestimmt, die Erklärungen Herrn v. Bennigsen's gestatten inzwischen den Schluß, daß auch die negirenden Stimmen der Vorlage zuzulassen wären, wenn sie von den Nationalliberalen unannehmbaren Bestimmungen befreit würde. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Vorlage in der Kommission auf Grund eines Kompromisses angenommen wird. Das letzte Wort spricht allerdings das Abgeordnetenhaus selbst.

Die bairische Reichsrathskammer lehnte verschiedene Beschlüsse des Abgeordnetenhauses ab, zunächst den Antrag über die Verlegung der Truppenübungen sowie über die Herabminderung der Militärlasten. Das Konfubinatgesetz wurde mit materiellen und finanziellen Aenderungen angenommen. Ferner stellte der Reichsrath zu dem Kredit für die außerordentlichen Heeresbedürfnisse die von der Abgeordnetenkammer gestrichenen Positionen wieder her.

Aus Oesterreich ertönten während der vergangenen Woche nur Klagelieder. Das Herrenhaus befiegelte endgiltig mit seinem Beschluß in der Prager Universitätsfrage den Niedergang des Deutshthums in der habsburgischen Monarchie. Die Universität in Prag war bisher der Hort des Deutshthums, auf welchen alle Männer von deutschem Blut und deutschem Sinn ihre Hoffnungen setzten. Nun ist auch dieser letzte Fels, an welchem bisher die Welle ministerieller Gleichmacherei abprallte, zerbrockelt und vernichtet. Die älteste Hochschule Deutschlands wird fortan nicht mehr ein Sitz deutscher Bildung und Gesittung sein, sondern sie muß ihre Muttersprache verlernen, um in den Lauten eines Volkes, das sich eine Wissenschaft erst noch zu erschaffen hat, über die höchsten Aufgaben des Menschenlebens zu reden. Die fortwährenden Paarschüsse haben endlich doch auch das Herrenhaus zu einem willenlosen Werkzeug in der Hand des Ministerpräsidenten Taaffe gemacht, was das Abgeordnetenhaus schon längst ist. Und wie sehr auch die Minorität des Letzteren gegen verschiedene Regierungsmaßregeln ankämpft, sie kann doch keinen Erfolg erringen. Das Bewies von Neuem die Annahme des Gesetzes über die Erhöhung der Petroleumsteuer um 100 Prozent. Die Bedeutung dieses Gesetzes wollen wir an einem Beispiele klar machen. Nehmen wir an, daß in Oesterreich-Ungarn 10 Millionen Arbeiter, Tagelöhner, Handwerker u. c. leben, die pro Tag einen Gulden verdienen, so giebt dies eine jährliche Gesamtsumme von 3650 Millionen Gulden. Diefem Arbeiterverdienste ist nun die neue hundertprozentige Petroleumsteuer hauptsächlich aufgebürdet worden. Berechnet man die Steuer durchschnittlich pro Kopf und Tag mit drei Kreuzern, so gewinnt der Staat durch sie jährlich 109 500 000 Gulden. Die Güter der sogenannten „Toten Hand“ — der Kirchen, der Klöster, ferner die Güter des Großgrundbesitzes, die Latifundien u. c. — werfen im Gesamtstaate Oesterreich mindestens einen jährlichen Reingewinn von zehntausend Millionen Gulden ab. Warum legt man nun diesen zehntausend Millionen nicht eine solche neue Steuer auf, wie sie jenen 10 Millionen Armen durch das Petroleumsteuergesetz aufgebürdet wird? Diefelbe müßte ja, ganz nach den Prinzipien der Petroleumsteuer berechnet, jährlich spielend einen dreifach höheren Ertrag für die Staatskasse ergeben. Die Antwort wird sich jeder Leser selbst geben. Die heutige Regierungsmajorität schreitet eben ruhig ihren Weg fort. Sie eilt von Sieg zu Sieg, unbekümmert um alle Warnungen, welche die Minorität erhebt. Aber das Endziel aller dieser Siege wird schließlich ein „Nichtsohnlentönnen“ des Volkes sein. — Die Nachrichten aus Dalmatien lauteten in den letzten Tagen der vergangenen Woche ziemlich günstig. Freiwilligen-Kolonnen sollen sich gegen die Infurgenten bilden und bereits 5000 Gewehre aus den Militärdépôts in Empfang genommen haben. Aber wozu das? Getrauen sich die Oesterreicher nicht allein mit den Aufständischen fertig zu werden?

Aus Italien kommt die Meldung von einer neuen Enchlytika, in welcher der Papst nach Darlegung der Uebel, von denen die Kirche heimgesucht sei, sagt, es sei für die christliche Frage von höchstem Interesse, daß der Papst bei der Leitung der Kirche frei von allen Gefahren, Bedrückungen und Fesseln sei. Zur Erzielung dieses Resultats sei eine Petitionssaktion einzuleiten und innerhalb der gesetzlichen Grenzen Alles aufzuwenden, um dem Papste thätlich die Freiheit zurückzugeben, an welche das Heil der Kirche, die Wohlfahrt Italiens und der Friede der christlichen Völker geknüpft sei. Die Enchlytika empfiehlt den Bischöfen die Verbreitung der guten Presse und die Heranbildung würdiger Priester. Was unter dem Ausdruck „Petitionssaktion“ zu verstehen sei, muß bis zum Ein-

treffen des Wortlautes dieser neuen Kundgebung dahin gestellt bleiben. Jedenfalls läßt sich wohl annehmen, daß der gegenwärtige Augenblick zur Anregung einer so wichtigen und schwierigen Frage nicht ohne guten Grund und unter wohlüberlegter Berücksichtigung der augenblicklichen politischen Konstellation gewählt worden ist. Die vaticanische Presse wird es denn wohl auch nicht an einiger Belehrung darüber fehlen lassen, sobald sie diese Note kommentirt.

In Frankreich arbeitet das Kabinet an der Ausarbeitung der Gerichtsreform, die ihrer Vollendung nahe ist und demnächst in Gestalt einer Vorlage die Kammer beschäftigen wird. Diefelbe betrifft nur die Appellationsgerichte und die Gerichte erster Instanz. Sie hebt sieben Appellationsgerichte auf und setzt die Zahl der Richter für die übrigen auf fünf fest. Von den Tribunalen erster Instanz wird ein Theil aufgehoben oder vielmehr mit den benachbarten Gerichten vereinigt, wobei aber Richter der aufrechterhaltenen Gerichte nach den Orten, deren Gerichte aufgehoben wurden, als Deputirte gefandt werden sollen, um dort die gerichtlichen Amtshandlungen zu versehen. Die Reform soll binnen drei Monaten ausgeführt werden. — Die Unterhandlungen für die Erneuerung des Handelsvertrages zwischen England und Frankreich gehen nur langsam vorwärts. Die Zugeständnisse, welche der Gambetta'sche Handelsminister machte, genügen England nicht und es verlangt eine neue Verminderung der Zölle, namentlich auf Wolle und Baumwolle. Der neue Handelsminister Tirard will aber ungeachtet der dringlichen Vorstellungen des englischen Botschafters nicht darauf eingehen, da er weitere Nachgiebigkeit als unheilvoll für die französische Industrie erachtet.

Die englische Adressdebatte gelangte endlich in vergangener Woche zum Abschluß. Die Opposition rückte Gladstone scharf zu Leibe und trieb ihn mitunter so in die Enge, daß er sich sogar zu Zugeständnissen betreffs der Sonderstellung Irlands bereit erklärte. Von Freund und Feind deswegen heftig angegriffen, veranlaßte den Premier, seine wahrscheinlich etwas überreichten Bemerkungen nachträglich zu korrigiren und einzuschränken. Im Laufe der letzten Sitzung des Unterhauses erklärte Gladstone, er habe hinsichtlich der irischen Lokalverwaltung nur früher Gesagtes wiederholt, nämlich daß die Supremacie des englischen Parlaments aufrecht erhalten werden müsse; die Regierung könne Irland nicht etwas gewähren, was sie Schottland nicht zugestehen könne. Damit hat Gladstone die auf die Losrennung Irlands von England gesetzten Hoffnungen der irischen Opposition allerdings wieder vernichtet und seinen Anklägern der Boden entzogen. Dafür wird er aber zu gewärtigen haben, daß die irische Opposition bei Gelegenheit der „Cloturn-Bill“ Vergeltung übt und gegen ihn stimmt, was möglichenfalls für das Kabinet verhängnißvoll werden kann.

In Bezug auf die egyptische Frage haben England und Frankreich identische Instruktionen an ihre diplomatischen Vertreter im Auslande erlassen, worin sie ihre Stellung näher fixiren. Sir Charles Dilke hat außerdem erklärt, daß man nur in Gemeinschaft mit den übrigen Theilnehmern des europäischen Kabinetes werde vorgehen dürfen, und ganz der nämlichen Meinung ist auch Herr v. Freycinet. Es wird sogar hinzugefügt, die Instruktionsnote betone ausdrücklich diese Auffassung und konstatiere damit eine entschiedene Abwendung der westmächlichen Politik von der ihr durch Gambetta angemessenen bisherigen Verhaltungsline. So weit wäre alles recht gut und schön. Da kommt jedoch plötzlich ein französisches Blatt, dem man mit gutem Grunde intime Beziehungen zu Herrn v. Freycinet zuschreibt, der „Temps“, und führt in einem augenscheinlich inspirirten Artikel aus, daß die Suezkanal-Schiffahrt keinesfalls auf einem Kongreß ertört werden dürfe, weil dieselbe ein Sonderrecht Englands darstelle, und daß ferner Frankreich niemals die direkte Intervention des Sultans zugeben könne, ohne seine Interessen in Nordafrika zu verrathen. Endlich sei auch die internationale Finanzkontrolle ein unantastbares Privilegium der beiden Westmächte, das von dem europäischen Kongreß als solches befestigt worden sei. Das ist ein merkwürdiger Gegensatz zu der oben erwähnten Instruktion!